

Stuttgart, 29.01.2008

Projekt "Interkulturelle Öffnung und Qualifizierung der Stuttgarter Moscheevereine"

Beschlußvorlage

Vorlage an	zur	Sitzungsart	Sitzungstermin
Internationaler Ausschuss	Vorberatung	öffentlich	30.01.2008
Verwaltungsausschuss	Beschlussfassung	öffentlich	13.02.2008

Beschlußantrag:

1. Der Durchführung des Projekts „Interkulturelle Öffnung und Qualifizierung der Stuttgarter Moscheevereine“ mit Fördermitteln des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge wird zugestimmt.
2. Die Stabsabteilung für Integrationspolitik der Stabsstelle des Oberbürgermeisters wird ermächtigt, ab 1. März 2008 befristet bis 31.12.2009, ohne Blockierung einer Planstelle eine/n Sachbearbeiter/in in Teilzeit (50 %) in der Entgeltgruppe 11 TVöD zu beschäftigen. Die Finanzierung der Projektstelle erfolgt kostenneutral durch Fördermittel des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und den laufenden Projektetat der Stabsabteilung für Integrationspolitik.

Kurzfassung der Begründung:

Ausführliche Begründung siehe Anlage 1

Im Sinne der Stuttgarter integrationspolitischen Ziele – gleichberechtigte Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen am Integrationsprozess und Sicherung des friedlichen Zusammenlebens – ist es erforderlich, Muslime und ihre Gemeinden stärker in die kommunale Integrationsarbeit einzubinden. Dies soll mit diesem Projekt nachhaltig sichergestellt werden.

Eine ausführliche Begründung ist aus der Projektkonzeption zu entnehmen (Anlage).

Finanzielle Auswirkungen

Die Projektkosten werden vollständig aus der Förderung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und aus dem laufenden Projektetat der Stabsabteilung für Integrationspolitik (FiPo 1.0551.6200.000) gedeckt. Der Gemeinderat hat im Rahmen seiner Haushaltsberatungen für 2008/2009 den Projektetat der Stabsabteilung für Integrationspolitik mit 10.000 €/Jahr zweckgebunden für die Arbeit mit Muslimen und ihren Gemeinden erhöht.

Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wurden insgesamt 88.500 € für dieses Projekt beantragt.

Beteiligte Stellen

AK und WFB

Vorliegende Anträge/Anfragen

-

Erledigte Anträge/Anfragen

-

Dr. Wolfgang Schuster

Anlagen

1

Projekt „Interkulturelle Öffnung und Qualifizierung der Stuttgarter Moscheevereine“

Situationsbeschreibung

Bevölkerungs- und Sozialstruktur

Knapp 22 % der Stuttgarter Einwohner haben eine ausländische Staatsangehörigkeit (128.000 Personen) und 38 % einen Migrationshintergrund (225.000 Personen). Der Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren mit Migrationshintergrund liegt inzwischen bei 55,5 % (Stand: 31.12.2006).

Türkische Staatsangehörige bilden mit 22.000 Personen die größte ausländische Zuwanderergruppe. Hinzu kommen 13.000 eingebürgerte Personen aus der Türkei. Weitere ausländische Zuwanderer aus muslimisch geprägten Ländern sind Personen aus Bosnien-Herzegowina (5.000, dazu kommen 1.500 Eingebürgerte), aus dem Kosovo (keine Zahlen, insgesamt 14.400 Personen aus Serbien plus 4.300 Eingebürgerte) sowie aus dem Irak (1.500). In Stuttgart leben ferner jeweils ca. 1.000 eingebürgerte Personen aus dem Iran und aus Afghanistan und jeweils über 600 eingebürgerte Personen aus Tunesien und dem Libanon.

Die Gesamtzahl der Muslime wird auf 50.000 Personen geschätzt, was etwa 8 – 9 % der Stadtbevölkerung ausmacht. In einigen Grundschulen machen Kinder islamischen Glaubens die größte Religionsgruppe aus. Somit ist mit einem starken Anstieg der muslimischen Bevölkerung in Stuttgart zu rechnen, wobei immer mehr von ihnen deutsche Staatsbürger sind bzw. werden.

62 % der ausländischen Schulabgänger erreichen auf dem ersten Bildungsweg höchstens einen Hauptschulabschluss, während 71 % der deutschen Abgänger einen Realschul- oder Hochschulabschluss erreichen.

Über 50 % der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ausländer verfügen über keinen beruflichen Abschluss. Türkische Staatsangehörige sind unter den gering qualifizierten Ausländern überrepräsentiert.

Die ausländische Bevölkerung in Stuttgart konzentriert sich in Stadtteilen, die von Industrie geprägt sind. Dort haben auch die Moscheevereine ihren Sitz. Einen überdurchschnittlichen Migrantenanteil haben u.a. die Stadtbezirke Zuffenhausen (47 %) und Bad Cannstatt (46 %) sowie einige Innenstadtbezirke. Diese Stadtgebiete weisen insgesamt eine höhere Arbeitslosenrate auf, mehr Bedarfsgemeinschaften in Alg II – Bezug, eine größere Siedlungsdichte und weniger Wohnfläche pro Einwohner, geringere Übertrittsquoten von der Grundschule ins Gymnasium sowie einen größeren Anteil an jungen Menschen, die Erziehungshilfe oder Jugendgerichtshilfe in Anspruch nehmen. Der Anteil der Muslime ist in Stadtteilen, die im Bundesprogramm der „Sozialen Stadt“ sind, eher unterdurchschnittlich (Rot, Freiberg, Fasanenhof). Eine Ausnahme bildet der

Stadtteil Hallschlag (Soziale Stadt ab 2008). In diesem Stadtteil gibt es keinen Moscheestandort.

Muslimische Zuwanderer gehören in Stuttgart überwiegend zu den sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen und stammen aus Ländern, die auch aktuell von politischen Konflikten geprägt sind (Türkei, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Irak, Iran, Afghanistan). Unzureichende Teilhabe an der deutschen Gesellschaft verstärkt den Rückzug in landsmannschaftlich-religiöse Formen der Selbstorganisation. Auf der anderen Seite ist auch eine stärkere Bereitschaft von Akademikern unter ihnen zu beobachten, eine aktive Rolle in der Stuttgarter Bürgergesellschaft zu übernehmen.

Selbstorganisation der Muslime in Stuttgart

In Stuttgart gibt es etwa 28 Standorte der islamischen Gemeinden mit Gebetsräumen. Diese sind mehrheitlich in ehemals gewerblich genutzten Häusern angesiedelt (Fabriken, Lagerhallen). Bis auf wenige Ausnahmen beschränken sich die Außenkontakte der Moscheebetreiber auf Einladungen zum Fastenbrechen im Ramadan und zum „Tag der offenen Moschee“. Den Vorstand bilden überwiegend ältere Migranten der ersten Generation (einige Ausnahmen: Alevitische Gemeinde, die als eine eigenständige islamische Religionsgemeinschaft kein „Moscheeverein“ ist, Islamische Gemeinschaft der Bosnier, Ahmadiyya Muslim Gemeinde). Die Imame verfügen meistens nicht über ausreichende Deutschkenntnisse, um an interreligiösen Dialoggruppen teilzunehmen, die es in Stuttgart seit vielen Jahren gibt. Dieser Dialog wird von muslimischer Seite von einigen wenigen Personen vorangetrieben, die als Brückenbauer nach außen fungieren. Diese nehmen auch regelmäßig an Tagungen der kirchlichen Akademien und anderer Veranstalter zum Thema Islam teil. Inwieweit der christlich-islamische Dialog auch auf das interne Gemeindeleben in den Moscheevereinen selbst ausstrahlt, lässt sich nicht eindeutig beantworten.

Neben dem christlich-islamischen Dialog gibt es regelmäßige Kontakte der Moscheevereine mit der Polizei. Zwischen der großen DITIB-Moschee in Stuttgart-Feuerbach und dem Polizeirevier Feuerbach wurde dieser Austausch im Rahmen eines bundesweiten Projekts („Transfer interkultureller Kompetenz“) noch weiter ausgebaut. Seit einigen Jahren nehmen auch die Bezirksvorsteher verstärkt den Kontakt zu den Moscheevereinen in ihrem Stadtteil auf und versuchen diese in die lokalen Bürgerveranstaltungen und Stadtteilstunden einzubinden (z.B. in Zuffenhausen). In den sog. Stadtteilrunden der Jugendhilfe (regionale Handlungskonferenzen) und in anderen Stadtteilgremien (Sicherheitsbeiräte, Jugendräte) sind Muslime kaum vertreten. Wenn es Kontakte auf Stadtebene gibt, gehen diese meistens von den deutschen Institutionen aus. Wenn die Moscheevertreter angesprochen werden, beteiligen sie sich in der Regel auch. Dies gilt auch für den Gesprächskreis der Muslime mit dem Integrationsbeauftragten, der bis 2007 etwa 2 – 3 Mal pro Jahr stattgefunden hatte. Die Beteiligung beschränkt sich jedoch meistens nur auf die wenigen bereits bekannten Außensprecher der Moscheevereine. Deshalb ist schwer einzuschätzen, ob Begegnungen „auf Funktionärebene“ zu einer stärkeren Partizipation der Muslime am kommunalen Geschehen insgesamt führen können. Ansätze zum gemeinsamen praktischen

Handeln sind erkennbar.

Ein Sprachkursträger in unmittelbarer Nähe der Feuerbacher DITIB-Moschee wollte beispielsweise Integrationskurse für die Moscheebesucher in eigenen Räumen anbieten. Dieser Kurs kam nicht zustande. Als ein externer Sprachkursträger dem Vorstand der DITIB-Moschee anbot, den Integrationskurs in der Moschee selbst abzuhalten, meldeten sich viele Moscheebesucherinnen für den Kurs an.

Islamische Gemeinden als generationenübergreifende und integrationsbestimmende Zentren zu entwickeln ist noch nicht im Bewusstsein der Führungspersonen der Moscheen. Zum einen soll die Gemeinde ein vertrauter Ort für ältere Muslime sein und gleichzeitig eine Attraktion für junge Menschen haben. Dies ist eine „Quadratur des Kreises“, die neue Lösungsansätze erfordert.

Die Moscheevereine versuchen der Überalterung ihrer Vereinsbesucher durch eine verstärkte Kinder- und Jugendarbeit entgegenzuwirken. Die jüngeren Muslime der zweiten Generation, die zum Teil über höhere Bildungsabschlüsse verfügen, würden sich auch verstärkt im Moscheeverein und als Brücke zur deutschen Gesellschaft engagieren, wissen aber nicht, wie sie dies bewerkstelligen können. Diese junge Generation benötigt methodische Hilfestellung, die es ihnen in wertschätzender Art ermöglicht, die älteren Funktionsträger von der Bedeutung einer wirkungsvollen Zusammenarbeit mit anderen Akteuren im sozialen Umfeld zu überzeugen. Nicht nur die Mehrheitsgesellschaft sollte mit „Diversity Management“ vertraut gemacht werden. Auch die islamischen Gemeinden sollten die Vielfalt als Bereicherung und nicht als Bedrohung betrachten. Den Jugendlichen fehlen darüber hinaus vereinsinterne und externe Ansprechpartner, die sie beim Aufbau einer offenen integrativen Jugendarbeit aktiv beraten und unterstützen können.

Einige Moscheen versuchen Jugendliche über Lernangebote im Internat (VIKZ) oder über Jugendfreizeiten zu erreichen. Die jungen Muslime bleiben bei solchen Aktivitäten unter sich und lernen nicht die bereichernde Auseinandersetzung mit anderen Kulturen und Religionen. Ausnahmen sind religiöse Vereine, die sich aktiv in der Jugendverbandsarbeit des Stadtjugendrings engagieren (z.B. die Aleviten) oder die Korankurse und Freizeitangebote in deutscher Sprache anbieten (z.B. die bosnischen Muslime). Durch den Koranunterricht in deutscher Sprache erreicht die Islamische Gemeinschaft der Bosnier auch Muslime anderer Nationalitäten. Ansonsten gibt es kaum Kontakte unter den Moscheevereinen selbst. Ein Novum war das Ramadanfest 2007 in der Feuerbacher DITIB-Moschee, zu welchem neben städtischen Vertretern auch andere türkische, bosnische und arabische Muslime gekommen sind. Die Moscheen wollen sich öffnen, wissen aber nicht, wie sie über die traditionellen Anlässe hinaus (religiöse Feste) den Dialog mit der Bürgergesellschaft aufbauen und aufrechterhalten können.

Die punktuellen Kontakte der Moscheesprecher mit deutschen Institutionen (Kirchen, Polizei, Integrationsbeauftragter) reichen deshalb auch nicht aus, um im Falle eines Umzugs eines Moscheevereins innerhalb der Stadt die Befürchtungen/Ablehnungen der neuen Anwohner auszuräumen. Diese versuchen einen solchen Umzug mit Protestbriefen an die Stadtverwaltung zu stoppen. Bei der Mediation der Interessenskonflikte im jeweiligen Einzelfall ist festzustellen, dass die Kommunikation des Moscheevereins mit den Anwohnern im Vorfeld gefehlt hat oder

unzureichend war. Eine präventive Begleitung der Akteure durch anerkannte und methodisch ausgebildete Jugendliche fehlt vollkommen.

Die integrationspolitisch gewollte interkulturelle Öffnung der Stuttgarter Moscheevereine zur deutschen Bürgergesellschaft und ihren Institutionen kann aufgrund der derzeitigen Vereinsstrukturen nicht vorangebracht werden. Weder der Vorstand noch die Imame sind in der Lage, diesen Öffnungsprozess ohne die Unterstützung der Kommune zu initiieren. Sofern es einzelne aktive Außensprecher im Moscheeverein gibt, sind diese überfordert, einen breiten Dialog und neue Kooperationen aufzubauen, da ihr ehrenamtliches Engagement hauptsächlich durch die vereinsinterne Arbeit gebunden ist.

Aktive Jugendliche und Heranwachsende würden gern eine größere Verantwortung im Moscheeverein übernehmen. Sie haben eine bikulturelle Sozialisation erfahren und sind an einer stärkeren Verbindung des Vereinslebens mit ihrem „deutschen Alltag“ interessiert. Dies gilt zum Teil auch für die muslimischen Frauen, die externe Angebote zu Erziehungs-, Bildungs- und Gesundheitsfragen stärker in Anspruch nehmen würden.

Zielgruppe des Projekts

Zielgruppe des Projekts sind vereinsaktive Jugendliche und Heranwachsende in den Moscheevereinen, die bereit sind, sowohl eine größere Verantwortung für die Jugendarbeit im Verein zu übernehmen als auch den Kontakt zu deutschen Einrichtungen und Kooperationsnetzwerken aufzubauen (Schulen, Einrichtungen der Jugendhilfe, Kultureinrichtungen, Sportvereine, Stadtjugendring, politische Gremien wie Jugendräte, Bezirksbeiräte, Gemeinderat).

Es geht also auch um neue Formen der Vernetzung und Kooperation (über den Dialog mit Kirchen und Polizei hinaus) und dadurch um Impulse von außen für die Entwicklung von neuen Arbeitsmethoden und -inhalten sowie Beteiligungsstrukturen in den Moscheevereinen selbst.

Da eine derart intendierte interkulturelle Öffnung zur Folge hat, dass die Moscheevereine ihr Selbstverständnis und ihren Auftrag neu bestimmen und ggf. verändern bzw. erweitern werden, sind Vorstand und Imame in die Projektarbeit von Anfang an mit einzubinden. Sie müssen die Voraussetzungen schaffen, dass die jüngeren Vereinsmitglieder eine aktivere Rolle bei der Weiterentwicklung der vereinsinternen Angebote übernehmen können, und sie müssen den Öffnungsprozess nach außen aktiv unterstützen.

Projektziele

1. Interkulturelle Öffnung der Stuttgarter islamischen Gemeinden und stärkere Einbindung ihrer Mitglieder in die kommunale Integrationsarbeit durch gemeinsame Qualifizierung von aktiven Jugendlichen und Heranwachsenden aus mehreren Moscheevereinen.

2. Aufbau eines Stuttgarter Islamforums mit breiterer Mitwirkung der Muslime (Vorstand und Nachwuchskräfte) in Zusammenarbeit mit kommunalen Akteuren (Politik, Stadtverwaltung einschließlich freie Träger, Schulen, Polizei, Sportkreis u.a.).
3. Aufbau einer dialogbegleitenden Fachgruppe aus muslimischen Jugendlichen und einer interkulturell agierenden „Task Force“ – Gruppe, die bei Veränderungsprozessen und Konfliktsituationen vermittelnd eingreift.
4. Erstellung eines Anwenderhandbuches zum Aufbau lokaler Islamforen und zur Einbindung von Moscheevereinen in lokale Netzwerkstrukturen, das auch anderen Kommunen als ein Mehrwert des Projekts zur Verfügung gestellt werden kann.

Indikatoren

1. Mitwirkung von 4 - 5 Moscheevereinen mit ca. 20 beteiligten Personen am Qualifizierungsprogramm im Projektzeitraum 2008 – 2009. Nationalitätenübergreifende Zusammensetzung der am Projekt beteiligten Moscheevereine (türkisch, bosnisch, arabisch), mit Einbindung von Mädchen/jungen Frauen in das Schulungsprogramm. Zustandekommen von konkreten Kooperationen der Moscheemitglieder untereinander und mit kommunalen Institutionen und Netzwerken, insbesondere in den Bereichen Schule/Bildung, Kultur, Sport, Jugendhilfe/Jugendverbandsarbeit und politische Gremien. Entwicklung neuer Projekte aus dieser Zusammenarbeit ab 2009, z.B. stärkere Einbindung muslimischer Mädchen und Frauen in die örtlichen Sportvereine, Schulung von Imamen, Fortbildung von Lehrkräften und Schulprojekte zum Themenbereich Islam/Zusammenleben mit Muslimen.
2. Stuttgarter Islamforum als ein von den Muslimen aktiv mitgestaltetes Arbeitsgremium zum Themenbereich Islam und Integration beginnt seine Arbeit ab 2009 mit 3 – 4 Sitzungen/Jahr und bei Bedarf mit weiteren Unterarbeitsgruppen bei entsprechenden Planungsvorhaben der Stadt.
3. Fertigstellung und Publikation des Anwenderhandbuchs im Herbst 2009 in einer Auflage von 500 Stück.

Projekthalte und Projektverlauf

Vorphase (Februar – April 2008): Klärungsprozess zur Mitwirkung der islamischen Gemeinden im Stuttgarter „Bündnis für Integration“, gemeinsame Verständigung über die daraus resultierenden Ziele und Inhalte des Projekts, Auswahl der Teilnehmer/innen für den Qualifizierungsprozess.

Qualifizierung der Vertreter/innen aus islamischen Gemeinden im Rahmen von ca. 7 Wochenendseminaren (April 2008 – Oktober 2009).

Zwischen den Schulungsseminaren: Einsatz der Teilnehmer als Moderatoren, eigenverantwortliche Durchführung von Angeboten im Verein – Learning by doing

(ab Herbst 2008 fortlaufend).

Erarbeitung des Selbstverständnisses als islamische Gemeinde in Stuttgart und Einbringen des Selbstverständnisses in die Integrationsmaßnahmen der Stadt Stuttgart (ab Herbst 2008, mit Auftritten im Jugendrat sowie im Internationalen Ausschuss und in anderen Fachausschüssen des Gemeinderats).

Einbindung der Schulungsteilnehmer und weiterer Moscheevertreter in stadtteilbezogene und gesamtstädtische Arbeitskreise und Kooperationsnetzwerke, gemeinsame Schulungen mit kommunalen Akteuren (schrittweise ab Herbst 2008).

Schaffung von Netzwerken, die sich als „Islamforum Stuttgart“ konstituieren (ab Frühjahr 2009).

Evaluation des Projekts und der Entwicklungsschritte (ab April 2008), Dokumentation der Ergebnisse als Anwenderhandbuch (Publikation Oktober/November 2009), ggf. mit Abschlussstagung im Stuttgarter Rathaus.

Nachhaltigkeit

Mit dem Islamforum wird eine nachhaltige Beteiligungsstruktur der Muslime am kommunalen Geschehen implementiert.

Die Stabsabteilung für Integrationspolitik wird mit eigenen Personalressourcen und Projektmitteln für die Fortsetzung dieser Beteiligungsstruktur nach dem Projektzeitraum sorgen.

Das Anwenderhandbuch bietet anderen Kommunen Hilfestellung beim Aufbau vergleichbarer Beteiligungsstrukturen.

Planungsstand

Folgende islamische Gemeinden haben ihr Interesse bekundet, sich am Projekt zu beteiligen: Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion D.I.T.I.B. Stuttgart e.V. (Moschee in der Mauserstr. 19, Feuerbach), Landesverband der Islamischen Kulturzentren Baden-Württemberg e.V. VIKZ (Moschee in der Markgröninger Str. 57 in Zuffenhausen), Islamische Gemeinschaft Stuttgart e.V. der Bosnier (Moschee in der Glockenstr. 6 in Bad Cannstatt) und Al Maghreb Kulturverein e.V. (Moschee in der Fangelsbachstr. 11 in Stuttgart-Süd).

Es können noch 1 -2 islamische Gemeinden bis zum Projektbeginn hinzukommen.

Das Projekt soll von einer unabhängigen Expertengruppe begleitet werden. Als Mitglieder dieser Projektbegleitgruppe sind bisher sachkundige Personen aus folgenden Organisationen und Gremien angefragt: Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Koordinierungsrat der Vereinigungen des christlich-islamischen Dialoges in Deutschland KCID, Robert Bosch Stiftung und sachkundige Mitglieder des Internationalen Ausschusses.

